Ortsgemeinde Siebenbach

Sitzung-Nr.: 099/OGR/003/2016

**Niederschrift
zur öffentlichen Sitzung des Ortsgemeinderates**

Gremium: Ortsgemeinderat	Sitzung am Montag, 04.04.2016
Sitzungsort: im Gemeindehaus	Sitzungsdauer von 19:00 Uhr bis 20:10 Uhr

Anwesend sind:

Ortsbürgermeister(in)

Kuhl, Walter

1. Beigeordnete(r)

Schmitt, Alfred

Ratsmitglied

Augel, Roland

Kimmich, Hans-Dieter

Kimmich, Uwe

Sib, Ottmar

Thelen, Rudi

Schriftführer(in)

Schäfer, Carmen

entschuldigt fehlt:

1. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 24.03.2016 unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.
2. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Vordereifel, Ausgabe-Nr. 13/2016 vom 01.04.2016.
3. Der Vorsitzende stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit des Gremium nach § 39 GemO
 gegeben nicht gegeben.
 ist.
4. Änderung zur Reihenfolge der Tagesordnung durch einfachen Mehrheitsbeschluss (Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder) werden
 nicht beschlossen beschlossen.
5. Ergänzungen der Tagesordnung (*bei Dringlichkeit iSv § 34 Abs. 7 iVm § 34 Abs. 3 S. 2 GemO*) oder Absetzungen von Beratungsgegenständen (§ 34 Abs. 7 GemO) werden mit Zweidrittelmehrheit (der anwesenden Ratsmitglieder)
 nicht beschlossen beschlossen.

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Sitzung

1. Breitbandausbau; Masterplan des Landkreises Mayen-Koblenz
Vorlage: 099/014/2016
2. Außerdienststellung der Grundstücke Gem. Siebenbach, Flur 1, Nrn. 79/3, 79/5, 79/7 und 39/1 (teilweise) als Wirtschaftsweg durch Satzung
- Beschluss über das Beteiligungsverfahren
Vorlage: 099/010/2015
3. Außerdienststellung von Wirtschaftswegen; Fahrwegparzellen Flur 1, Flurstücke 79/9 und 79/11 in der Gemarkung Siebenbach
Vorlage: 099/011/2015
4. Abschluss einer Vereinbarung mit der Kindertagesstätten gGmbH zur Umsetzung der Sparbeschlüsse des Bistums Trier ab 2017

Vorlage: 099/012/2015

5. Mitteilungen
6. Einwohnerfragestunde

Es wird wie folgt beraten und beschlossen:

Öffentliche Sitzung

1 Breitbandausbau; Masterplan des Landkreises Mayen-Koblenz Vorlage: 099/014/2016

Schnelle Internetanschlüsse sind eine unverzichtbare Infrastruktur für Bürger und Unternehmen. Ihre flächendeckende Verfügbarkeit ist ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region und ein Beitrag zur Sicherstellung der Attraktivität ländlicher Räume.

Der Breitbandausbau ist eines der wichtigsten wirtschafts- und strukturpolitischen Vorhaben im Landkreis Mayen-Koblenz. Ziel ist es, bis zum Jahr 2018 alle Haushalte im Landkreis mit kabelgebundenem Internet zu versorgen. Aus diesem Grund wurde auf Kreisebene in 2015 ein DSL-Masterplan erstellt, der auf Basis der aktuellen Erschließungssituation die Grundlage für die NGA konforme Breitbanderschließung für alle Haushalte im Landkreis Mayen-Koblenz darstellt.

*NGA = **N**ext **G**eneration **A**ccess Network (NGA-Netz), bezeichnet in der Telekommunikation die Netzwerktechnologie, welche traditionelle leitungsvermittelnde Telekommunikationsnetze wie Telefonnetze, Kabelfernsehnetze, Mobilfunknetze usw. durch eine einheitliche paketvermittelnde Netzinfrastruktur und -architektur ersetzt und zu den älteren Telekommunikationsnetzen kompatibel ist. (Quelle: www.wikipedia.de)

Der Masterplan, der von dem Fachbüro mWerk aus Hannover erstellt wurde, enthält alle Ausbaugebiete, die zusammenfassend ausgebaut werden sollen. Die Vorstellung erfolgte in haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeisterdienstbesprechung am 8. Dezember 2015. Die Abstimmung mit den Einzelkommunen erfolgte am 25. Januar 2016. An dem Abstimmungsgespräch hat verwaltungsseitig Wirtschaftsförderer Andreas Pung teilgenommen. Aufgrund des derzeitigen Versorgungsgrades wurde die Ortsgemeinde Siebenbach als Projektgebiet angemeldet. Zur Umsetzung der Ausbaumaßnahmen in den definierten Gebieten ist es nunmehr erforderlich, die entsprechenden Ausschreibungsverfahren durchzuführen und gleichzeitig die Fördermittel sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene zu beantragen. Die zentrale Bearbeitung beziehungsweise Antragsstellung erfolgt durch die Kreisverwaltung Mayen-Koblenz.

Vor Durchführung der Antragstellung werden der Ausbauzustand sowie die Ausbauplanung der Provider im Rahmen einer sog. Markterkundung auf die Aktualität überprüft. Im Markterkundungsverfahren wird ermittelt, ob innerhalb der nächsten drei Jahre voraussichtlich ein privatwirtschaftlicher Ausbau eines NGA-Netzes erfolgen wird. Daher ist eine abgeschlossene Markterkundung eine Grundvoraussetzung für einen Antrag im Rahmen des Bundesförderprogramms. Dieser Schritt ist notwendig, da bei einer ausreichenden Breitbandversorgung nach den geltenden Fördervorgaben diese Gebiete beihilferechtlich nicht mehr förderfähig sind. Im Ergebnis kann die Aussage des Providers, innerhalb der nächsten Jahre eine NGA-konforme Erschließung durchführen zu wollen dazu führen, dass sich in den betreffenden Kommunen eine Fördermittelbeantragung erübrigt. Die betreffenden Kommunen erhalten hierüber Kenntnis.

Zur Bewertung der Förderanträge findet ein sog. Scoring-Modell Anwendung. Dieses Punktesystem bildet die Grundlage für eine Förderentscheidung sowie die Förderhöhe. Der Fördersatz des Bundes beträgt im Regelfall 50 % der zuwendungsfähigen Kosten. Der Basisfördersatz kann auf bis zu 70% erhöht werden, wenn es sich bei dem Projektgebiet um ein Gebiet mit einer geringen Wirtschaftskraft handelt. Eine Kombination mit dem Förderprogramm des Landes Rheinland-Pfalz ist möglich. In diesem Fall kann der Fördersatz bis zu 90 % der Wirtschaftlichkeitslücke betragen. Der verbleibende Eigenanteil der Kommune macht demnach mindestens 10 % der Wirtschaftlichkeitslücke aus.

Nicht die geschätzten Baukosten machen die Bemessungsgrundlage für den Eigenanteil der Kommune aus, sondern die Kosten, die sich als Ergebnis der in der Ausschreibung angegebenen Wirtschaftslücke des preisgünstigsten Anbieters ergibt.

Es bleibt die Entscheidung der Ortsgemeinde Siebenbach, ob eine Teilnahme an dem Projekt erfolgen soll.

Der in der Anlage Nr. 1 beigefügte Plan zeigt das Projektgebiet der Ortsgemeinde Siebenbach, welches laut Masterplan für einen Ausbau identifiziert und somit auch für eine Förderung in Frage kommt.

Bei der Kostenkalkulation handelt es sich um die von der beauftragten mWerk GmbH geschätzten Baukosten. Diese beziehen sich auf die Investitionskosten für einen FTTC-Ausbau der Ortsgemeinde Siebenbach. In dem Förderantrag ist die nach vorgegebenem Kalkulationsschema zu ermittelnde geschätzte Wirtschaftlichkeitslücke zu benennen, die im Normalfall von den reinen Baukosten abweichen kann bzw. wird.

Für die Übertragung der Antragsebene auf den Landkreis gibt es bei der Bewertung im Scoring-Verfahren zusätzliche Wertungspunkte, daher wurde sich auf dieses Verfahren verständigt. Für diese Übertragung bedarf es einer Entscheidung der politischen Gremien.

In der Anlage Nr. 2 befindet sich daher ein öffentlich-rechtlicher Vertrag, in dem die Aufgabenübertragung von der Ortsgemeinde Siebenbach auf die Verbandsgemeinde Vordereifel geregelt ist. Eine entsprechende Regelung wird die Verbandsgemeinde Vordereifel mit dem Landkreis Mayen-Koblenz treffen, um das kreisweite Projekt für

eine flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen durchzuführen.

Die Fördermittel des Bundes werden in sog. Calls verfügbar gemacht. Der nächste Call ist für den 29. April 2016 veröffentlicht. Zielrichtung der WFG am Mittelrhein ist es, zu diesem Aufruf die Antragstellung durchzuführen.

1. Der Ortsgemeinderat Siebenbach beschließt einstimmig nachfolgenden Ausbau:

FTTC-Ausbau der Ortsgemeinde Siebenbach.
2. Der Ortsgemeinderat Siebenbach stimmt dem Abschluss des als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrages zu. Ortsbürgermeister Walter Kuhl wird zur Vertragsunterzeichnung ermächtigt.
3. Die Ortsgemeinde Siebenbach überträgt zur Durchführung des Projektes „flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen“ die Selbstverwaltungsaufgabe „Breitbandversorgung“ gemäß § 67 Absatz 5 GemO auf die Verbandsgemeinde Vordereifel.

2 Außerdienststellung der Grundstücke Gem. Siebenbach, Flur 1, Nrn. 79/3, 79/5, 79/7 und 39/1 (teilweise) als Wirtschaftsweg durch Satzung - Beschluss über das Beteiligungsverfahren Vorlage: 099/010/2015

Die Ortsgemeinde Siebenbach beabsichtigt den in der Planzeichnung des beiliegenden Satzungsentwurfes gekennzeichneten Geltungsbereich als Wirtschaftsweg außer Dienst zu stellen und, soweit noch nicht geschehen, die in Rede stehenden Grundstücke zu veräußern.

Nach § 58 Abs. 4 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) hat der Flurbereinigungsplan für Festsetzungen, die im gemeinschaftlichen Interesse der Beteiligten oder im öffentlichen Interesse getroffen werden (hierzu zählen z. B. Wirtschaftswege), die Wirkung von Gemeindegesetzungen.

Nach Beendigung des Flurbereinigungsverfahrens können die Festsetzungen des Flurbereinigungsplanes mit Zustimmung der Gemeindeaufsichtsbehörde (Kommunalaufsicht) durch Gemeindegesetzungen geändert oder aufgehoben werden.

Vor einer der Veräußerung eines in der Flurbereinigung durch den Flurbereinigungsplan ausgewiesenen Wirtschaftsweges ist daher zunächst die formale Außerdienststellung als Wirtschaftsweg erforderlich. Dies erfolgt durch eine gemeindliche Satzung.

Die Ortsgemeinde Siebenbach hat die Verwaltung beauftragt, einen Satzungsentwurf für die Außerdienststellung der Parzellen, Flur 1, Nrn. 79/6, 79/3, 79/7 und Nr. 39/1 (teilweise) mit einer Fläche von 256 m² als Wirtschaftsweges vorzubereiten.

Der Geltungsbereich dieser Satzung wurde im Rahmen der Flurbereinigung Siebenbach-Jammelshofen (S. 775) durch den Flurbereinigungsplan als Wirtschaftsweg festgesetzt

Vor einer Entscheidung über eine Außerdienststellung der Fläche als Wirtschaftsweg sind sowohl die Öffentlichkeit als auch die betroffenen Behörden zu beteiligen.

Die Verwaltung wird mit 5 Ja-Stimmen und 2-Nein-Stimmen beauftragt, die Absicht der Ortsgemeinde Siebenbach, die Parzellen Gemarkung Siebenbach, Flur 1, Nrn. 79/6, 79/3, 79/ 7 und 39/1(teilweise) für die Nutzung als Wirtschaftsweg außer Dienst zu stellen, im Mittelungsblatt der VG Vordereifel öffentlich bekannt zu machen. Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, dass Einwendungen bei der Verbandsgemeindeverwaltung Vordereifel innerhalb eines Monats erhoben werden können.

Darüber hinaus wird der Entwurf der Satzung den nachgenannten Behörden zur Kenntnis gegeben und ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb eines Monats gegeben:

- Kreisverwaltung Mayen-Koblenz
- SGD Nord
- DLR Westerwald-Osteifel
- Vermessungs- und Katasteramt Hunsrück-Osteifel
- Forstamt Ahrweiler
- Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz
- Bauern- und Winzerverband Rheinland - Nassau e. V. Kreisverband Mayen - Koblenz

Die Verwaltung wird mit der Durchführung des Beteiligungsverfahrens beauftragt.

Nach Durchführung des Verfahrens wird der Ortsgemeinderat über die eingegangenen Stellungnahmen beraten und ggf. den Satzungsbeschluss in öffentlicher Sitzung fassen. Die Satzung bedarf im Anschluss daran - vor dem In-Kraft-Treten - der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht bei der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz.

3 Außerdienststellung von Wirtschaftswegen; Fahrwegparzellen Flur 1, Flurstücke 79/9 und 79/11 in der Gemarkung Siebenbach Vorlage: 099/011/2015

Die Ortsgemeinde Siebenbach ist Eigentümerin der Parzellen Flur 1, Nr. 79/9, „Ober Elzseifen“ und Nr. 79/11, „Ober Elzseifen“ im Gemarkungsbereich Siebenbach. Die Flurstücke sind in dem beigefügten Lageplan schraffiert dargestellt.

Bei diesen Flurstücken handelt es sich um einen sogenannte Wirtschaftswege, die sich aus rechtlicher Sicht gemäß § 1 Abs. 5 Landesstraßengesetz (LStrG) als nichtöffentliche Straßen darstellen. Auf diesen Fahrwegparzellen finden demnach die Vorschriften des Landesstraßengesetzes keine Anwendung. Wirtschaftswege sind öffentliche Einrichtungen im Sinne von § 14 Gemeindeordnung, die der Daseinsvorsorge dienen, indem sie den Eigentümern der dadurch erschlossenen land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke eine Zuwegung gewähren. Die bisherige Widmung für die Öffentlichkeit erfolgte durch den tatsächlichen Bereitstellungsakt.

Die vorgenannten Fahrwegparzellen Flur 1, Nr. 79/9 und 79/11 im Bereich „Ober Elzseifen“ dienen bisher der Bewirtschaftung der anliegenden Grundstücke. Eine Erschließungsfunktion darüber hinaus besitzen die Wege nicht. Weiterhin befinden sich die angrenzenden Grundstücke im alleinigen Eigentum einer Eigentümergemeinschaft.

Es ist vorgesehen, diese Wegeparzellen künftig der Öffentlichkeit nicht mehr zur Benutzung zur Verfügung zu stellen.

Die Grundstücke der Umgebung können über andere Wegeparzellen erreicht werden und sind daher nicht auf die Fahrwegparzellen 79/9 und 79/11 zur wegemäßigen Erschließung angewiesen.

Die Ortsgemeinde Siebenbach ist befugt, die von ihr geschaffenen und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten öffentlichen Einrichtungen auch wieder außer Dienst zu stellen. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Beibehaltung einer öffentlichen Einrichtung. Für die Außerdienststellung der Fahrwegparzellen genügt ein Beschluss des Ortsgemeinderates. Ein förmliches Einziehungsverfahren ist nicht notwendig.

Der Ortsgemeinderat wird um Beratung und Beschlussfassung gebeten.

Der Ortsgemeinderat beschließt mit 5 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen, die Fahrwegparzellen in der Gemarkung Siebenbach, Flur 1, Flurstücke 79/9 und 79/11 außer Dienst zu stellen und künftig der Öffentlichkeit nicht mehr zur Benutzung zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss im Mitteilungsblatt der „Verbandsgemeinde Vordereifel“ öffentlich bekannt zu machen.

4 Abschluss einer Vereinbarung mit der Kindertagesstätten gGmbH zur Umsetzung der Sparbeschlüsse des Bistums Trier ab 2017
Vorlage: 099/012/2015

Durch die Sparbeschlüsse des Bistums Trier aus dem Jahr 2004 sind ab 2008 im Bereich der katholischen Kindertagesstätten 22 % der Personal- und Sachkostenzuschüsse auf der Grundlage des Jahres 2003 eingespart worden.

Aufgrund der Sparbeschlüsse aus dem Jahr 2012 soll das Budget der katholischen Kindertagesstätten im Bistum Trier ab dem Jahr 2017 um weitere rund 2 Mio. Euro gekürzt werden.

Für die katholischen Kindertagesstätten Baar-Wanderath, Ettringen, Kottenheim und Langenfeld bedeutet das insgesamt eine Absenkung der Beteiligung des Bistums Trier um 23.137,16 €. Bricht man diesen Betrag runter auf eine Gruppe, so ergibt sich ein Betrag von 1.542,48 €.

Die KiTa gGmbH Koblenz erwartet als Betriebsträger dieser Einrichtungen, dass die Ortsgemeinden Acht, Arft, Baar, Ettringen, Herresbach, Kottenheim, Langenfeld, Langscheid, Siebenbach und Welschenbach aus der Verbandsgemeinde Vordereifel sowie Kaltenborn, Meuspath und Nürburg aus der Verbandsgemeinde Adenau, diesen Betrag ausgleichen. Die KiTa gGmbH hat ihre Position in einem Gespräch am 12.10.2015, zu dem alle Ortsbürgermeister der vorgenannten Ortsgemeinden eingeladen waren, erläutert.

Grundlage für die Festlegung der jährlichen Ausgleichsleistung soll das Ausgangsbudget des Bistums Trier für 2003 sein (Ausgangsbudget = Personal- und Sachkostenzuschüsse des Bistums aus dem Jahr 2003, abzüglich 22 % und ab 2017 abzüglich 23.137,16 €).

Die ab dem Jahr 2017 zu leistende jährliche Ausgleichszahlung der Ortsgemeinden entspricht der Differenz zwischen den IST-Aufwendungen der KiTa gGmbH im jeweiligen Kalenderjahr und dem für das betreffende Jahr fortgeschriebene Budget des Bistums Trier aus dem Jahr 2003, das der KiTa gGmbH im jeweiligen Kalenderjahr zur Verfügung gestellt wird.

Die KiTa gGmbH Koblenz schlägt vor, für die Kindertagesstätten Baar-Wanderath, Ettringen, Kottenheim und Langenfeld ein Gesamtbudget zu bilden, wodurch ein flexibles Handeln ermöglicht wird und was außerdem wirtschaftliche Vorteile hat. Zudem könnten die Mittel des Bistums besser eingesetzt werden, so die Argumentation der KiTa gGmbH.

Dieses Gesamtbudget soll jedoch nicht dazu führen, dass evt. Budgetüberschreitungen bei einzelnen Kindertagesstätten von allen beteiligten Ortsgemeinden aufgefangen werden. Budgetüberschreitungen sollen nur von den Ortsgemeinden, die zum Einzugsbereich der jeweiligen Kindertagesstätte gehören, reguliert werden.

Die KiTa gGmbH räumt den Kommunen aufgrund der Zahlungsverpflichtung, die durch den Abschluss einer gemeinsamen Vereinbarung festgelegt werden soll, ein Mitspracherecht bei allen strukturellen Veränderungen in den Kindertagesstätten ein, wenn dies für die Kommunen mit zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen verbunden ist.

Da ein generelles Mitspracherecht aufgrund der finanziellen Beteiligung der Ortsgemeinden an den Aufwendungen für den Betrieb der Katholischen Kindertagesstätten nicht vorgesehen ist, hat am 18.12.2015 ein weiteres Gespräch zwischen Vertretern

der KiTa gGmbH sowie den Verbandsgemeindeverwaltungen Adenau und Vordereifel stattgefunden.

Gegenstand dieses Gespräches war die Frage, in welchem Umfang die Kommunen aufgrund ihres finanziellen Engagements an Entscheidungen, welche die katholischen Kindertagesstätten betreffen, mitwirken können.

Insbesondere war an ein Mitwirkungsrecht bei der Besetzung der Stelle der Leitung einer Kindertagesstätte gedacht, weil die Leitung die Kindertagesstätte nach außen vertritt und damit auch in der Öffentlichkeit eine gewisse Präsenz entfaltet. (Ein ähnliches Verfahren gilt auch bei der Besetzung von Schulleiterstellen, wo das Schulgesetz das Benehmen des Schulträgers vorsieht).

Die Vertreter der KiTa gGmbH machten deutlich, dass sie keine Partizipation schriftlich vereinbaren möchten. Das passe nicht in das Bild eines freien Trägers. Der freien Trägerschaft sei es eigen, Entscheidungen selbständig treffen zu können. Zudem komme es bei der Kita gGmbH mittlerweile häufig vor, dass derartige Personalentscheidungen sehr schnell getroffen werden müssen und formelle Beteiligungen zu Lasten der Flexibilität gehen würden. Darüber hinaus wurde die Befürchtung geäußert, dass eine Beteiligungsregelung auch von anderen Vertragspartnern eingefordert werden könnte.

Man hat in dem Gespräch am 18.12.2015 jedoch zugesagt, bei der Besetzung der Leitungsstellen einen Vertreter der kommunalen Seite zu den Auswahlgesprächen einzuladen, um damit eine Einbindung in den Entscheidungsprozess zu ermöglichen. Einer ausdrücklichen Regelung von Beteiligungsmöglichkeiten in einer Vereinbarung werde man hingegen nicht zustimmen.

Die Entwicklung, dass die Katholische Kirche ihre finanzielle Beteiligung tendenziell zurückführt, wird durch die neuerliche Sparmaßnahme fortgesetzt. Die verbleibende Beteiligung an den Personalkosten, die Beteiligung an Investitionskosten in Höhe von 35 % und die Finanzierung der Kosten für die Verwaltung der Kindertagesstätten durch die KiTa gGmbH sprechen dennoch für eine Fortsetzung des gegenwärtigen Konstrukts.

Auswirkungen

Kommt die in der Anlage als Entwurf beigefügte Vereinbarung nicht zustande, so wird die KiTa gGmbH von einer Fortführung der Betriebsträgerschaft Abstand nehmen, weil für sie die Finanzierung der betroffenen Kindertagesstätte nicht mehr sichergestellt ist.

Findet sich kein freier Träger, so obliegt diese Aufgabe den Gemeinden als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung (vgl. § 10 Abs. 2 Kindertagesstättengesetz).

D. h. für den Fall, dass die beigefügte Vereinbarung nicht abgeschlossen wird, steht die Überlegung an, die Kindertagesstätte in kommunaler Trägerschaft weiter zu führen.

Da diese Konstellation nicht ausgeschlossen werden kann, bittet die KiTa gGmbH die Ortsgemeinden, bis Ende Januar 2016 über die vorliegende Vereinbarung zu beraten und Beschluss zu fassen.

Gelingt der Abschluss der Vereinbarung nicht, braucht man die Zeit bis 2017 um einen Übergang der Trägerschaft herbeizuführen. Hierzu wären Fragen des Nutzungsrechtes / Eigentums des Gebäudes, der Übergang des Personals etc. zu klären. Die KiTa gGmbH drängt daher auf eine zeitnahe Entscheidung.

Der Ortsgemeinderat beschließt einstimmig, mit der KiTa gGmbH die beigefügte Vereinbarung zum 01.01.2017 abzuschließen.
Der Ortsbürgermeister wird beauftragt, die Vereinbarung in der vorliegenden Form zu unterzeichnen.
Die Vereinbarung ist Bestandteil des Beschlusses.

5 Mitteilungen

Der Rat vereinbart für die Prüfung der Jahresrechnung einen Termin. Diese soll am 14.04.2016 um 19.00 Uhr im Gemeindehaus stattfinden.

6 Einwohnerfragestunde

6.1. Anschaffung eines Kickers

Seitens eines jugendlichen Zuhörers wird sich erkundigt, ob es nicht möglich sei, für den Jugendraum einen neuen Kicker anzuschaffen. Der derzeitige sei defekt und nicht wirklich für einen Jugendraum geeignet. Dieser wurde vor ca. 3 Jahren im Wert von 130,00 Euro bei Aldi angeschafft. Weil kein konkreter Preis eines neuen Gerätes mitgeteilt werden konnte, bittet der Rat den Zuhörer, Angebote einzuholen. Seitens des Rates wird dann entschieden, ob der Kicker mit einem Betrag bezuschusst oder ganz bezahlt werden kann. Desweiteren bittet der Rat darum, dass sich die Jugendlichen um die Entsorgung des alten Kickers und auch der im Jugendraum befindlichen defekten Tischtennisplatte kümmern.

Desweiteren wird vorgeschlagen, die Anschaffung im Rahmen einer RWE Aktiv vor Ort Projektes fördern zu lassen.

6.2. Ausbesserungsarbeiten an der Schutzhütte am Sportplatz

An der Schutzhütte am Sportplatz müssen auch noch Ausbesserungsarbeiten u.a. am Dach durchgeführt werden. Auch hier soll versucht werden, Mittel aus der Maßnahme des RWEs Aktiv vor Ort auszuschöpfen.

Der zusätzliche Tagesordnungspunkt lautet: Erwerb des Grundstückes „Neideck 9 Parzelle 3 Flur 4/8“ der Eheleute Guido und Marion Augel, Hauptstraße 1, 56729 Siebenbach

Vorsitzende(r)

Schriftführer(in)